



Medienkonferenz

Arbeitskräftemangel und rückständige Arbeitsbedingungen gefährden die Energiewende

Bern, den 22. Juni 2023

Beitrag von Peppina Beeli, Fachsekretärin Klima- und Energiepolitik

Klimaschutz: Nach dem Grundsatzentscheid an der Urne müssen wir jetzt handeln. Die Herausforderungen sind immens.

Am letzten Sonntag hat die Stimmbevölkerung Ja gesagt zum Klimaschutzgesetz. Endlich ist die Klimaneutralität bis 2050 in unserer Gesetzgebung verankert, endlich sind Massnahmen beschlossen, die dazu einen wirksamen Beitrag leisten.

Die Unia hat die Vorlage mit Überzeugung unterstützt. Das ist zunächst eine Frage der Grundsätze: Wir Gewerkschaften stehen dafür ein, dass die Länder des globalen Nordens, die die Klimakrise historisch verantworten, jetzt rasch und verbindlich auf Klimaneutralität zusteuern. Und dass unser heutiges Wirtschaften nicht auf Kosten künftiger Generationen gehen darf. In anderen Worten: Wir orientieren uns am Prinzip der Klimagerechtigkeit.

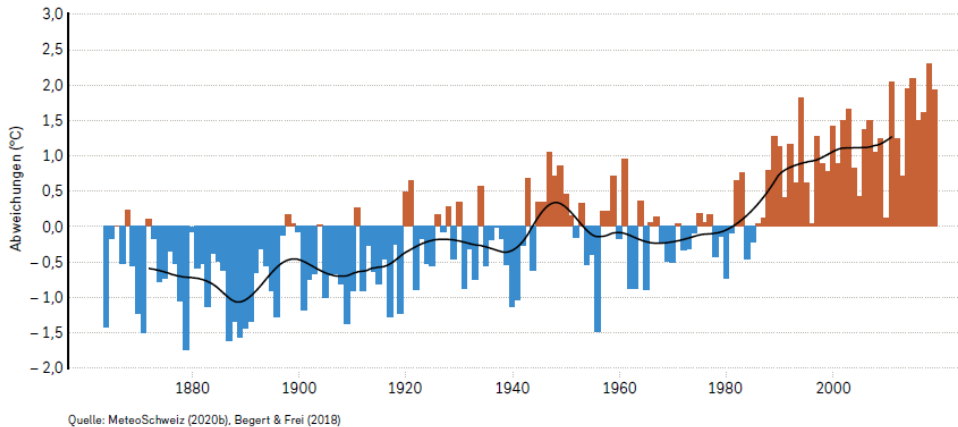
Das Klimaschutzgesetz fand aber auch deswegen unsere Zustimmung, weil die neuen Förderprogramme in den Bereichen Heizungsersatz und innovative Technologien das Potential haben, eine nachhaltige Transformation auf dem Arbeitsmarkt einzuleiten und Jobs zu schaffen. Und wir haben dabei betont, dass wir Gewerkschaften dafür sorgen werden, dass diese Zukunftsjobs auch gute Jobs sein werden. Das ist das Thema der heutigen Pressekonferenz.

Aber lassen Sie mich zuerst in Erinnerung rufen, dass die Bedrohungen durch die Klimaerhitzung längst ein immenses Ausmass angenommen haben – auch in der Schweiz.

Seit Messbeginn haben die Temperaturen bei uns bereits mehr als 2° zugenommen, während sie global im gleichen Zeitraum um 1,2° stiegen.

Abb. 22: Langjähriger Verlauf der Jahrestemperatur, gemittelt über die ganze Schweiz

Jährliche Abweichung der Temperatur von der Norm 1961 bis 1990 (rot = positive Abweichungen, blau = negative Abweichungen) für die Jahre 1864 bis 2019. Die schwarze Kurve zeigt das 20-jährige, gewichtete Mittel.



Quelle: Bundesamt für Umwelt BAFU, 2020, Klimawandel in der Schweiz. Indikatoren zu Ursachen, Auswirkungen, Massnahmen (Umwelt-Zustand 2013), S. 31.

Ohne Gegensteuer setzt sich diese Entwicklung fort. Ein Bericht des Bundesamts für Meteorologie fasst zusammen, was das bedeutet:

Die Sommer werden heisser und trockener. Bis Ende Jahrhundert dürfte die durchschnittliche Sommertemperatur um bis zu 7° steigen. Damit verbunden ist eine Zunahme der Hitzetage – schon Mitte des Jahrhunderts ist je nach Ort bis zu 30 Hitzetagen pro Jahr zu rechnen. Das bedroht die Menschen an Leib und Leben! Die Hitzesommer 2003 und 2015 zeigten, wie die Sterblichkeit zunahm und sich Notfall-Spitaleintritte häuften. Die Trockenheit wird die Nahrungsmittelproduktion unter Druck setzen. Und während die Niederschlagssumme insgesamt abnimmt, werden einzelne Regenereignisse umso stärker, was Überschwemmungen, Murgänge und Felsstürze mit sich bringt.

Aus den Berichten des Weltklimarates ist bekannt, dass uns die Zeit davonläuft, um die Erderwärmung noch zu bremsen – und dass wir dennoch um jedes Mikrograd kämpfen müssen, denn die Klimaerhitzung verläuft nicht linear: werden Kippunkte erreicht, droht die Katastrophe. 2019 unterzeichneten 11'000 Wissenschaftler:innen aus 153 Ländern einen Aufruf, der die Situation wie folgt auf den Punkt bringt: «Wenn sich das menschliche Verhalten, das zu Treibhausgasausstoss und anderen den Klimawandel begünstigenden Faktoren führt, nicht grundlegend und anhaltend verändert, ist unsägliches menschliches Leid nicht mehr zu verhindern.»

Wir müssen jetzt handeln. Aber machen wir uns keine Illusionen: Wir haben Jahrzehnte verloren und müssen nun innert kürzester Zeit einen sehr weiten Weg zurücklegen. Der Weg ist umso steiler, als das Netto-0-Ziel mit dem ebenfalls an der Urne beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie zusammenfällt. Auch hinter dieser Weichenstellung stehen die Gewerkschaften aus voller Überzeugung. Doch wir sehen klar: Um zugleich nuklear- und karbonfrei zu werden, wird die Schweiz in der Lage sein müssen, über 50 Terawattstunden aus erneuerbarem Strom zu produzieren, im Wesentlichen aus Photovoltaik.

Herausgefordert sind alle Sektoren. Aber nehmen wir exemplarisch den Gebäudepark in den Blick:

Die Gebäude sind in der Schweiz für 44% des Energieverbrauchs und für rund einen Drittel der Co2-Emissionen verantwortlich. Die Zahlen des Energiereporters von EnergieSchweiz zeigen, wo wir heute stehen:

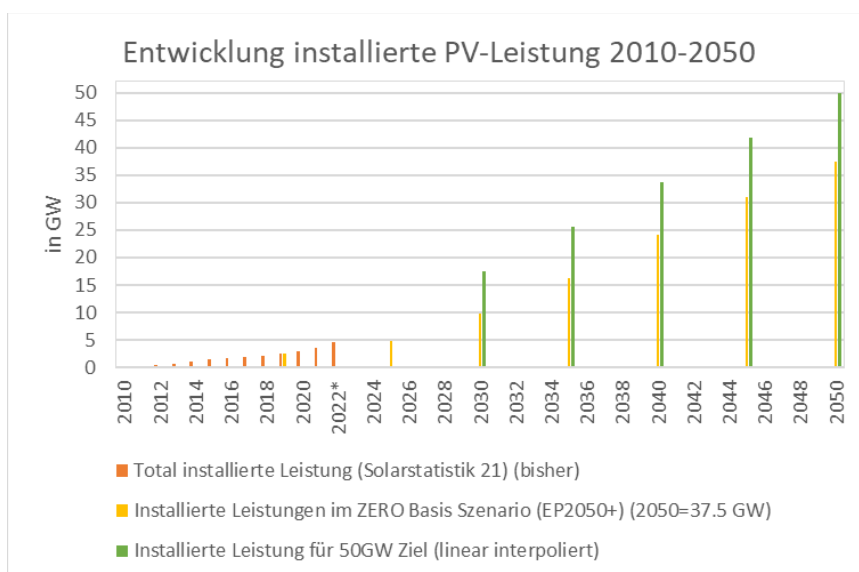
- Erst 34,5% aller Heizsysteme werden erneuerbar betrieben – in anderen Worten: gut 2/3 sind es noch nicht.
- Auf Schweizer Dachflächen werden nur 5,8% des Solarpotentials zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt.



Quelle: <https://www.energieschweiz.ch/tools/energiereporter/>, abgerufen am 16. Juni 2023

Eine Studie des Schweizerischen Nationalfonds hat zudem gezeigt, dass derzeit jährlich nur eines von 100 Gebäuden energetisch saniert wird.

Auch was den Zubaubedarf an Photovoltaik-Anlagen insgesamt angeht – also unabhängig davon, ob auf Dachflächen installiert oder auf Infrastrukturen oder in der freien Fläche – sind Riesenschritte nötig. Die Energieperspektiven des Bundes gehen davon aus, dass bis 2050 37 Gigawatt Photovoltaik-Leistung notwendig sind, um den Bedarf zu decken; andere Akteure, z.B. der Branchenverband Swissolar, kalkulieren gar mit 50 Gigawatt Leistung. Die Graphik bildet die beiden Szenarien sowie den Stand des Ausbaus ab und zeigt: Gegenüber heute braucht es eine Verdrei- oder Verfünffachung bis 2035 und bis 2050 eine Versieben- oder gar Verzehnfachung.



Eigene Darstellung / Daten: BFE und Swissolar

Zum Glück stehen finanzielle Mittel bereit, um den Aus- und Umbau jetzt ernsthaft anzugehen. Mit dem Ja zum Klimaschutzgesetz wurden auch Subventionen für den Ersatz fossiler Heizungen gesprochen; jährlich sollen dafür während der nächsten Dekade 200 Millionen bereitgestellt werden, also insgesamt 2 Milliarden. Hinzu kommen die Mittel des Gebäudeprogramms, das aus der CO₂-Abgabe gespeist wird; 2021 wurden darüber 361 Millionen Franken ausbezahlt. Und auch die Förderung von Photovoltaikanlagen ist im Ausbau begriffen: für 2022 wurden dafür 450 Millionen aus dem Netzzuschlagsfonds bereitgestellt, fürs laufende Jahr sind es 600 Millionen.

Diese Millionenbeträge sind richtig und wichtig. Es führt für eine erfolgreiche Energie- und Klimawende kein Weg an beherzten Investitionen vorbei. Die Gewerkschaften nehmen dabei in Kauf, dass auch Hausbesitzer:innen, die die Solaranlage oder die Wärmepumpe locker aus dem eigenen Vermögen finanzieren könnten, mit Subventionen unterstützt werden. Doch es geht nicht an, dass nur sie und die Unternehmen, die die Aufträge entgegennehmen, profitieren. Nein, die Fördergelder müssen auch bei denjenigen ankommen, die die Knochenjobs der Energie- und Klimawende machen! Bei denjenigen, die auf Baustellen tagtäglich körperlich harte Arbeit leisten, um Heizsysteme erneuerbar zu machen, Solarpanels zu montieren, Gebäude zu sanieren. Die Belegschaften in diesen Zukunftsjobs verdienen gute Löhne – und sie brauchen gute Arbeitsbedingungen. Auch das hat etwas mit Klimagerechtigkeit zu tun.

Die Arbeitsbedingungen für viele dieser zukunftsrelevanten Arbeitnehmenden sind in den Gesamtarbeitsverträgen für die Gebäudetechnik- und für die Elektrotechnikbranche geregelt. Diese werden derzeit neu verhandelt. Bruna Campanello und Aldo Ferrari werden Ihnen die Lage in den beiden Branchen erläutern und aufzeigen, wie die Arbeitsbedingungen heute aussehen – und wie sie sich verbessern müssen.